V25 Siemensstadt 2.0 zum Modellquartier für nachhaltige Stadtentwicklung machen

Antragsteller*in:	Bettina Jarasch (KV Berlin-Pankow)
Tagesordnungspunkt:	TOP 8 Verschiedenes
Status:	Zurückgezogen

Im Nordosten Spandaus entsteht auf rund 70 ha mit dem Siemens Innovationscampus - der sogenannten Siemensstadt 2.0 - ein Stadtquartier, das Berlin insgesamt als Forschungs- und Wirtschaftsstandort stärken soll und mit Wohnnutzung verbunden wird. Dies hat große Auswirkungen auf die Entwicklung und Lebensqualität von Siemensstadt, Haselhorst und der künftigen Entwicklung von Gartenfeld ebenso wie für die angrenzenden Bezirke Spandau, Charlottenburg-Wilmersdorf und Reinickendorf insgesamt. Im Memorandum of Understanding, das der Senat von Berlin mit dem Siemens-Konzern am 31. Oktober 2018 geschlossen hat, heißt es, dass „von diesem Standort in Zukunft eine enge Verknüpfung von Wissenschaft und Forschung mit der Wirtschaft“ ausgehen soll, „die im Zuge einer ganzheitlichen Entwicklung prägend für das gesamte Stadtquartier mit überregionaler Ausstrahlung sein wird.“

Bündnis 90/Die Grünen Berlin teilen das Ziel, dass mit dem Siemens-Campus ein wirtschaftlicher Zukunftsort und ein neues Stadtquartier der besonderen Art entstehen soll, in dem Wirtschaft, Wissenschaft und Wohnen integriert werden - so haben wir es auf dem Parteitag vor einem Jahr beschlossen. Die Kreisverbände Spandau, Reinickendorf und Charlottenburg-Wilmersdorf haben Ende 2019 gemeinsam mit vielen grünen Fachpolitiker*innen eine öffentliche Zukunftswerkstatt vor Ort organisiert, um Ziele und Leitplanken für die Entwicklung der Siemensstadt 2.0 zu diskutieren.

Entscheidend sind für uns zwei Ziele:

1. Die Siemensstadt 2.0 muss zum Modellquartier für klima- und naturgerechtes, ressourcensparendes und gleichzeitig bezahlbares Planen und Bauen werden, mit guten Infrastrukturen und positiven Impulsen auch für die Nachbarquartiere.

2. Die Öffnung und Umnutzung des Industrieareals muss für eine optimale Vernetzung des umgebenden Nord-West-Raums von Berlin genutzt werden und hier die Bezirke Spandau, Charlottenburg-Wilmersdorf und Reinickendorf mit ihren neuen Entwicklungsschwerpunkten ebenso wie mit ihren Grün- und Wasserräumen durch ÖPNV, Fuß- und Radwege gut miteinander verbinden.

Bei der grünen Zukunftswerkstatt hat die Konzernvertreterin Dr. Katerina Rigby betont, dass Siemens diese Ziele teilt. An diesem Anspruch werden wir Siemens messen Wir erwarten daher, dass Siemens, Senat und Bezirke in der Umsetzung des Siegerentwurfs des städtebaulichen Wettbewerbs offen sind für konkrete Ideen und Forderungen, die geeignet sind, diese Ziele zu realisieren.

Für die weitere Entwicklung des Siemens-Innovationscampus fordern wir:

Planungsgrundlagen vor Bauphase schaffen

Wir begrüßen eine zügige Realisierung dieses Großprojekts. Um eine sinnvolle Vernetzung der Nord-West-Region Berlins mit der Siemensstadt 2.0 und den Nachbargebieten zu ermöglichen, ist es allerdings erforderlich, dass Berlin mit Priorität die Ziele der Verkehrsplanung erarbeitet und ein Konzept für integrierte Stadtentwickluhgsplanung (ISEK) vorlegt, bevor der erste Bauwettbewerb ausgelobt wird. Die Ergebnisse müssen in die vereinbarten Bebauungspläne, die städtebaulichen Verträge sowie die weiteren Gespräche und Verhandlungen

mit Siemens und den angrenzenden Bezirken einfließen und so die konkreten Rahmenbedingungen für die Erreichung dieser Ziele setzen. Wir erwarten außerdem, dass Siemens als Eigentümer die nach dem Bundesbodenschutzgesetz auf dem bisherigen Industriegelände erforderlichen Altlastenuntersuchungen und Altlastensanierungen frühzeitig organisiert.

Stadtrendite sichern

Mit der planungsrechtlichen Aufwertung der bisherigen Industrieflächen zu Wohn-, Misch- und Kerngebietsnutzung ist nach der Altlastensanierung eine große Bodenwertsteigerung verbunden. Wir wollen, dass Berlin diese Bodenwertsteigerungen zeitnah ermittelt und dass - über die im Memorandum vereinbarten Leistungen hinaus - ein Teil davon sozialen und verkehrlichen Infrastrukturinvestitionen zugute kommt. Dies gilt insbesondere für das Grundstück und den Bau der öffentlichen Schule, für die Abgabe von Grundstücken an städtische Wohnungsunternehmen und -genossenschaften zum Ausgangswert und für eine Beteiligung an den Kosten der notwendigen Verkehrsinvestitionen zur Vernetzung des Areals mit der Stadt. Solche Leistungen sind im Rahmen der Kooperativen Baulandentwicklung in den städtebaulichen Verträgen zu vereinbaren.

Mobilitätswende auf dem Gelände umsetzen

Siemensstadt 2.0 soll ein CO2-neutrales Quartier und ein Experimentierfeld für nachhaltige Mobilität werden. Dafür genügt es nicht, die Verbrennungsmotoren der Fahrzeuge durch Elektromotoren zu ersetzen. Zur Verbindung des Geländes mit den angrenzenden Quartieren sind zwei bis drei Querstraßen in Ost-West-Richtung von der Paulsternstraße bis zum Straßennetz östlich der Siemensbahn notwendig mit weiteren Rad- und Fußwegen, die durch das Gelände hindurchführen und Verbindungen zu den angrenzenden Quartieren schaffen. An den S-Bahnstationen sollen Mobilitätshubs eingerichtet werden. Der Stellplatz-Schlüssel in der Auslobung des städtebaulichen Wettbewerbs sieht 6500 Parkplätze vor. Das konterkariert das Ziel eines CO2-neutralen Quartiers. Die Parkplätze müssen daher deutlich reduziert werden. Auch schon für den Baustellenverkehr, später aber auch für den Wirtschaftsverkehr braucht es neue und innovative Lösungen: Um LKW-Verkehr in den umliegenden Quartieren zu vermeiden, plädieren wir für die Nutzung von Wasserwegen (Westhafen, Spandauer Hafen), für die Nutzung vorhandener und künftiger Schienenwege für den Gütertransport unddie Ver- und Entsorgung sowiefür dezentrale Güterverteilstationen. Das sollte bereits in der Ausschreibung von Bauaufträgen und bei der bereits beginnenden Vermarktung von Gewerbeimmobilien berücksichtigt werden.

Stadtquartiere im Nordwesten gemeinsam entwickeln

Dafür wollen wir beim ÖPNV mutig neue Wege gehen. Die Siemensbahn soll über die Insel Gartenfeld hinaus gebaut werden. Zentral für die Lösung der Verkehrsprobleme in Spandau bleibt die Entwicklung eines Tramnetzes, vorübergehend auch als Inselnetz. Wir bekräftigen daher die Forderung nach einem eigenen Betriebshof in Spandau. Außerdem schlagen wir neben einem Radschnellweg nach Charlottenburg-Nord 2.0 auch eine Fuß- und Radverbindung in Nord-Süd-Richtung vor, die nach Norden mit Brücke über den Hohenzollernkanal nach Tegel führt und nach Süden mit Brücke über die Spree zum Spreewanderweg. Diese Maßnahme muss von Berlin umgehend geprüft werden, um noch vor der nächsten Stufe der geplanten Bauwettbewerbe für die Siemensstadt 2.0 die Freihaltung einer Trasse festzulegen.

Die Planung von Einzelhandelsflächen auf dem Campus muss koordiniert werden mit den existierenden Einkaufszentren an der Paulsternstraße sowie am U-Bhf. Siemensdamm, um deren Verödung zu verhindern. Damit es durch die Aufwertung des Quartiers nicht zur Verdrängung der Anwohner*innen kommt, fordern wir die Einrichtung von Milieuschutzgebieten in Siemensstadt sowie in Charlottenburg-Nord.

Spandau und Charlottenburg-Wilmersdorf müssen ein abgestimmtes Radwegenetz entwickeln, das Siemensstadt 2.0 einbezieht. Dafür braucht es gemeinsame Planungen mit Siemens. Nach dem Vorbild der Steuerungsgruppe auf Landesebene schlagen wir eine Steuerungsgruppe zwischen Siemens und den beiden Bezirken vor, um die ganzheitliche Entwicklung des Spandauer und Charlottenburger Nordens zu gewährleisten.

Angebote für urbanes Leben schaffen

Als lebendiges Quartier braucht Siemensstadt 2.0 eine soziale Infrastruktur über die bislang geplante öffentliche Schule auf dem Gelände hinaus. Ein sozialer Anker für künftige und jetzige Bewohner*innen sollte ein Gemeinwesenzentrum sein, für das Siemens ein Gebäude zur Verfügung stellt. Dort wäre Raum für Begegnung, kulturelle und religiöse Angebote. Die Erdgeschoßflächen der Wohngebäude sollten nicht nur für Einzelhandel und Gastronomie, sondern auch für soziale Träger, Arztpraxen oder Kleingewerbe genutzt werden. Auf den industriell und gewerblich genutzten Flächen des Campus können Clubs bzw. eine auch für Musik und Partys nutzbare Fläche vorgehalten werden, denn in Spandau und Charlottenburg-Nord gibt es bislang zu wenig Angebote insbesondere für junge Menschen.

Bezahlbares Wohnen und gemischte Nutzung ermöglichen

Wie aktuell das Beispiel der Europa-City am Hauptbahnhof zeigt, führt die Entwicklung von sehr großen Arealen durch einen einzigen Privatinvestor zu leblosen Stadtquartieren und oft auch zu schleppenden Baufortschritten. Wir halten eine angemessene Parzellierung und teilweise auch den Verkauf vorder Bebauung an andere Eigentümer für ein wichtiges Instrument, um gemischte Nutzung und eine sichtbare Vielfalt für das Quartier zu erreichen. Bei der Auswahl künftiger Eigentümer dürfen aber nicht anonyme Investoren die Hauptzielgruppe sein, sondern eine lebendige Mischung aus Baugemeinschaften, Selbsthilfegruppen, Genossenschaften, sozial und kirchlich engagierten und öffentlichen Wohnungsunternehmen. Eine ähnliche Vielfalt auch im gewerblichen Bereich wird dem neuen Stadtteil Lebendigkeit geben.

Es sind 200.000 qm für Wohnen sowie weitere Flächen für studentisches Wohnen auf dem Gelände vorgesehen, mit kooperativer Baulandentwicklung. Für eine echte Nutzungsmischung braucht es über die vereinbarten 30% Sozialwohnungen hinaus weitere 30% der Wohnungen im mittleren Preissegment, Barrierefreiheit und eine Mischung der Wohnungsgrößen. Bezahlbare Mieten brauchen gerade auch Start-Up-Gründer*innen, die ihre innovativen Ideen auf dem Campus umsetzen sollen. Dasselbe gilt natürlich für bezahlbare Gewerbeflächen und Arbeitsräume. Daneben können auch Eigentumswohnungen entstehen.

Nachhaltig und klimaneutral bauen

Beim Klimaschutz darf es nicht bei Lippenbekenntnissen bleiben. Nachhaltigkeit beginnt mit dem Recyceln von Baumaterial. Dazu gehört auch die Verwendung des Bodenaushubs innerhalb des Geländes sowie innovative, auf Kreislaufwirtschaft ausgerichtete Bauweisen. Dafür könnte ein Modellprojekt in Zusammenarbeit mit dem Zentralverband für das Baugewerbe und dem benachbarten OSZ Bautechnik entwickelt werden. Die Wohn- und Gewerbequartiere ebenso wie der Firmensitz müssen zudem im Standard bnb Gold bzw. DGNB Platin gebaut und zertifiziert werden. Die Dächer der Neubauten und wo möglich auch beim gewerblichen Bestand sollen für Grün, Erholung, Regenwasserrückhalt, Sport und die Gewinnung Erneuerbarer Energien genutzt werden.Die Grünzüge Jungfernheide und Siemenspark sollten durchs Gelände weiter gezogen werden. Die Bäume und die kleine Grünanlage im Bereich der Straße am Schaltwerk sind unbedingt zu erhalten und in die Neuplanung einzubeziehen.

Smart City: Transparenz, Datensparsamkeit und Schutz der Privatsphäre garantieren

Laut Memorandum of Understanding soll Siemensstadt 2.0 ein Zukunftsort für Digitalisierung, Automatisierung und Elektrifizierung werden. Auf dem Gelände sollen Smart City-Technologien erprobt werden. Smart City kann ein Konzept für Klimaschutz und Energieeffizienz sein, für bürgernahe Verwaltung, bessere öffentliche Daseinsvorsorge und moderne Mobilität. Es wirft aber auch grundrechtliche Fragen im Umgang mit den Daten auf, die ständig erhoben und gemessen werden. Angesichts der Verwertungsinteressen von Konzernen betrifft das insbesondere den Umgang mit personalisierten Daten. Deshalb müssen die Prinzipien der Transparenz, der Datenminimierung und der Schutz der Privatsphäre in den Vereinbarungen des Landes Berlin mit Siemens verankert werden. Diese Prinzipien sollten bereits bei Entscheidungen über die zu Grunde liegenden Infrastrukturen berücksichtigt werden (etwa im Hinblick auf die Verwendung von datenschutzfreundlichen Smartmeter-Gateways für die Steuerung und Abrechnung der Energieversorgung und bei Ladeinfrastrukturen für eMobilität). Die entsprechenden Lösungen sollen die digitale Souveränität der Bewohner*innen, der auf dem Gelände Arbeitenden und der Nutzer*innen der dort entwickelten und angebotenen digitalen Dienste gewährleisten. Die digitale Infrastruktur und die über sie angebotenen Dienste sollten von allen genutzt werden können (Open Data, Open Standards).

Der Senat hat mit Siemens, der TU Berlin, der Fraunhofer-Gesellschaft und der Bundesanstalt für Materialforschung und –prüfung vereinbart, dass am Standort ein Industrie- und Wissenschaftscampus insbesondere für die Entwicklung neuer Produkte im Bereich der Digitalisierung, neuer Materialien und des additive Manufacturing entstehen soll. Gleichzeitig ist die frühere Technikadademie von Siemens geschlossen worden, die Werkberufsschule wird verlagert. Dafür braucht es einen Ersatz: Der Wissenschaftscampus sollte auch Ausbildungsort für neue Technologiefelder werden und so die Industriekultur von Siemens ins 21. Jahrhundert tragen.

Bürgerbeteiligung wirksam gestalten

Bislang gab es zur Entwicklung des Geländes viele Informationsveranstaltungen, aber keine verbindliche Beteiligung. Auf der Grundlage eines ISEK und einer übergreifenden Verkehrsplanung sollenSenat, Siemens und der Bezirk Spandau in Zusammenarbeit mit den Bezirken Charlottenburg-Nord und Reinickendorf sowie der von den Bürger*innen aus den angrenzenden Quartieren selbst organisierten Planungswerkstatt für die zweite Phase des städtebaulichen bzw. architektonischen Wettbewerbs eine verbindliche Bürgerbeteiligung gemeinsam organisieren und dabei auch die Bedarfe der angrenzenden Quartiere mit erörtern. Entscheidend ist, dass die Ergebnisse dieser Beteiligung wirksam in die nächste Phase des Wettbewerbs und in die Umsetzung einfließen können.

So kann es gelingen, den Siemens-Campus zu einem lebendigen Stück Berlin zu entwickeln, das sowohl im Umfeld als auch stadtweit zur nachhaltigen Entwicklung unseres Gemeinwesens beiträgt und Strahlkraft über Berlin hinaus entfaltet.

Unterstützer*innen

Ansgar Gusy (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Susanne Zissel (KV Berlin-Spandau); Peter Schaar (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Nicole Ludwig (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Bodo Byszio (KV Berlin-Spandau); Clemens Minnich (KV Berlin-Spandau); Herbert Nebel (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Joachim Schmitt (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Christian Rosengart (KV Berlin-Spandau); Oliver Gellert (KV Berlin-Spandau); Daniela Billig (KV Berlin-Pankow); Franziska Eichstädt-Bohlig (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Susanne Jahn (KV Berlin-Kreisfrei); Stephan Vierkant (KV Berlin-Spandau); Sebastian Weise (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); KV

Charlottenburg-Wilmersdorf (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Barbara Boeck-Viebig (KV Berlin-Reinickendorf); Konrad Hickel (KV Berlin-Spandau); KV Spandau (KV Spandau); Sibylle C. Centgraf (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Sebastian Sperlich (KV Berlin-Spandau); Rudolf Königer (KV Berlin-Spandau); Friedemann Dau (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg)